

Postulat Fraktion FDP (Jacqueline Gafner Wasem) vom 29. März 2012: Anti-Bern-Reflex im Grossen Rat als Problem ernst nehmen und angehen (2012.SR.000120)

In der Stadtratssitzung vom 31. Januar 2013 wurde das folgende Postulat erheblich erklärt:

Mit den Beschlüssen, die der Grosse Rat des Kantons Bern am 22.03.2012 in Sachen Standortkonzentration Berner Fachhochschulen gefällt hat, ist mehr als deutlich geworden, auf wie wenig Sympathie, Verständnis und Unterstützung die Stadt Bern bei der Verfolgung ihrer Anliegen und Interessen im Kantonsparlament zählen kann. Allein schon der Umstand, dass nicht einmal die auf Stadtberner Boden gewählten Grossratsmitglieder der Kantons- und Landeshauptstadt geschlossen die Stange gehalten haben, lässt aufhorchen und muss zu denken geben.

Dem Verdikt vom 22.03.2012 geht überdies auch das rein Zufällige ab, wie eine ganze Reihe von Beschlüssen des Grossen Rats der letzten paar Monate belegt (23.11.2011: Mittel für die Wirtschaftsförderung in der engeren Hauptstadtregion werden – als einzige – integral gestrichen; 31.11.2011: BFF Bern wird zugunsten der Spiezer Schlossbergschule geschlossen; 23.01.2012: ZPK erhält vorerst nur für 2 (statt 4) Betriebsjahre eine Zusatzsubvention, nach Wiederholung der am 21.01.2012 ursprünglich durchwegs abschlägigen Schlussabstimmung; 23.01.2012: Beitrag an die ungedeckten Kosten des Erweiterungsbaus des BHM (Kubus) wird nicht bewilligt, stattdessen Rückweisung der Vorlage mit Auflagen an den Regierungsrat).

Nimmt man noch das Kappen der direkten öV-Anbindung des Flughafens Bern-Belp an den Hauptbahnhof Bern durch die kantonale Exekutive am 14.03.2012 sowie die am 19.03.2012 bekräftigte Absichtserklärung des Regierungsrates hinzu, an der Linienführung des Trams Region Bern unbesehen des Widerstands aus der Stadt Bern ohne Abstriche festhalten zu wollen, wird endgültig klar, dass die Stadt Bern ein ernsthaftes Problem hat, das sie nicht länger auf die leichte Schulter nehmen kann, sondern aktiv angehen muss, wenn der bereits entstandene Schaden nicht noch grösser werden soll.

Der Gemeinderat wird deshalb gebeten:

1. eine unabhängige externe Fachstelle zu beauftragen, eine repräsentative Anzahl von Grossratsmitgliedern aus allen 9 Wahlkreisen des Kantons Bern und allen im Kantonsparlament vertretenen Parteien zu den Gründen des vermuteten Image-Problems der Stadt Bern befragen und die Ergebnisse in anonymisierter Form in einen schriftlichen Bericht an den Gemeinderat einfließen zu lassen;
2. dem Stadtrat zusammen mit einer verdichteten Fassung (Management-Summary) dieses Berichts darzulegen, inwieweit die externe Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Bern allenfalls gezielt an die bezüglichen Erkenntnisse angepasst werden muss.

Bern, 29. März 2012

Postulat Fraktion FDP (Jacqueline Gafner Wasem, FDP): Bernhard Eicher, Mario Imhof, Dolores Dana, Christoph Zimmerli, Alexander Feuz, Alexandre Schmidt

Bericht des Gemeinderats

Der Gemeinderat hat die von den Postulanten aufgeführten Beschlüsse des Grossen Rats ebenfalls mit grossem Bedauern zur Kenntnis genommen, zeigten sie doch auf, dass es sehr schwierig ist, im Grossen Rat für städtische und speziell für stadtbernerische Anliegen eine Mehrheit zu finden. Trotzdem ist der Gemeinderat der Ansicht, dass nicht sämtliche zu Ungunsten der Stadt Bern erfolgten Entscheide mit einem Anti-Bern- respektive Anti-Stadt-Reflex erklärt werden können. Vielmehr konnte in der Vergangenheit wiederholt festgestellt werden, dass es den anderen Regionen des Kantons Bern besser gelungen ist, sich für ihre Anliegen politisch zu organisieren als der Region Bern-Mittelland. Während es in diesen Regionen möglich ist, regionalpolitische über parteipolitische Interessen zu stellen, war dies in der Region Bern-Mittelland in der jüngsten Vergangenheit gerade in für die Stadt Bern wichtigen Geschäften meistens nicht der Fall. Die Einschätzung, dass sich die andern Regionen besser vernetzen und insbesondere die Grossratsvertretungen aus der Region Bern sehr wenig einheitlich auftreten, galt übrigens bereits im Jahr 2007. Damals hat die Präsidialdirektion eine kleine „Image-Studie“ durchgeführt und mit verschiedenen Grossratsmitgliedern aus dem ganzen Kanton Gespräche geführt. Es ist anzunehmen, dass diese Einschätzung auch heute noch Gültigkeit hat. Der Gemeinderat erachtet daher eine externe Studie zum vermuteten Image-Problem als nicht zielführend und verzichtet darauf, eine solche in Auftrag zu geben.

Der Gemeinderat ist der Meinung, dass - gerade angesichts des tatsächlichen oder vermuteten Anti-Stadt-Reflexes - nicht die Stadt an sich vorpreschen sollte, sondern dass ein stärkeres Engagement der Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKBM) dringend notwendig und auch erfolgversprechend wäre. Er wird sich hier künftig noch stärker engagieren.

Der Gemeinderat ist überzeugt, dass die Kontinuität der Kontaktpflege mithilft, die Interessen der Stadt Bern auf regionaler und kantonaler Ebene besser vertreten und wahrnehmen zu können.

Die seit einigen Jahren durchgeführten Informationsanlässe für die Stadtberner Mitglieder des Grossen Rats haben sich bewährt und werden fortgeführt: Jeweils eine Woche vor Sessionsbeginn werden die Stadtberner Grossrats-Mitglieder zu einem Austausch eingeladen. Je nach Thema kann der Kreis der einzuladenden Personen auf den RKBM-Perimeter oder auf den ganzen Kanton ausgedehnt werden. Diese Treffen ergänzen die regelmässigen Treffen der RKBM mit den Grossratsmitgliedern.

Zusätzlich zu den regulären Sessionstreffen empfing der Gemeinderat am 21. August 2013 im Erlacherhof die Grossrätinnen und Grossräte aus dem RKBM-Perimeter, die Mitglieder der stadträtlichen Agglomerationskommission sowie der Geschäftsleitung der RKBM. Vierzig Personen haben teilgenommen, die Rückmeldungen zum Anlass waren sehr gut. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass solche Anlässe eine gute Gelegenheit bieten, um sich im informellen Rahmen besser kennenzulernen und sich auszutauschen und so dazu beitragen, längerfristig für ein besseres Verständnis für städtische Anliegen zu sorgen.

Zudem wird zur besseren Wahrnehmung der Interessen der Stadt Bern das Themenmonitoring verstärkt und die Streuung der Informationen ausgebaut: verwaltungsintern zur besseren Früherkennung von potentiellen, für die Stadt Bern relevanten Themen, extern zur besseren Information von wichtigen Ansprechpersonen über die Anliegen der Stadt Bern. So können für die Stadt Bern wichtige Themen früher erkannt und bearbeitet werden.

Infolge der Legislaturziele 2013 - 2016 wurde zur besseren Vertretung spezifisch urbaner Anliegen auf kantonaler Ebene 2013 auf Initiative der Stadt Bern ein Kontaktnetz gegründet, in dem die Stadtpräsidenten der sechs grössten Städte des Kantons den Austausch pflegen. Da die Vertreterinnen und Vertreter aller sechs Städte über Stadt-Land-Differenzen berichten, wird an das erste Treffen des Jahres 2014 eine Gruppe Grossratsmitglieder aus den ländlichen Regionen des Kantons Bern eingela-

den. So können die wahrgenommenen Differenzen zwischen Stadt und Land in einem kleinen Rahmen ausgeführt, diskutiert und hoffentlich entschärft werden.

Weiter arbeitet die Stadt Bern seit einigen Jahren im Eggiwiler Symposium mit. Das Gremium hat sich zum Ziel gesetzt, die Zusammenarbeit und den Dialog zwischen städtischen und ländlichen Gemeinden zu fördern. Jährlich findet ein Symposium statt, welches ein aktuelles Thema aufnimmt und dieses aus städtischer und ländlicher Sicht diskutiert. Seit der Konstituierung des Symposiums als Verein ist die Stadt Bern via das Vereinsmitglied Regionalkonferenz Bern-Mittelland vertreten. Eine aktivere Kommunikation der Mitarbeit im Eggiwiler Symposium dürfte zeigen, dass die Stadt Bern auch die Anliegen der ländlichen Bevölkerung ernst nimmt und dazu den Dialog sucht.

Schliesslich ist der Stadtpräsident zusammen mit Ständerat Werner Luginbühl und Regierungsrätin Barbara Egger Co-Präsident des Unterstützungskomitees „Engpass Wankdorf-Muri beseitigen“, welches sich für die Realisierung des Bypasses auf der A6 zwischen Bern-Wankdorf und Muri einsetzt. Entsprechend arbeiten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Bern in der Begleitgruppe des Unterstützungskomitees „Engpass Wankdorf-Muri beseitigen“ mit, zusammen mit Vertretungen von Kanton und Regionalkonferenz. Obwohl der betroffene Abschnitt der Nationalstrasse auf Berner und Muriger Boden liegt, ist doch ein grosser Teil des Kantons vom Engpass und seinen Folgen betroffen. Auch hier kann die Stadt Bern zeigen, dass ihr die Anliegen der ländlichen Gegenden bekannt sind und dass sie sich gemeinsam mit deren Vertretungen für eine Lösung des Problems einsetzt.

Der Gemeinderat ist überzeugt, dass diese Aktivitäten und deren Bekanntmachung mithelfen, ein Klima zu schaffen, in dem städtische Anliegen ihr berechtigtes Gehör finden.

Bern, 18. Dezember 2013

Der Gemeinderat